



Der Minister

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

16 . November 2012

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-3302

Telefax 0211 871-

für die Mitglieder
des Innenausschusses



**Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales zu TOP 10 der
Tagesordnung des Innenausschusses am 22.11.2012**
"Rot-grüne Stellenabbaupläne im Polizeibereich?"

Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2012

Anlagen: Schriftlicher Bericht (60 Ausfertigungen)

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags
übersende ich meinen schriftlichen Bericht in 60-facher Ausfertigung.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Jäger MdL

Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales zu TOP 10 der Tagesordnung des Innenausschusses am 22.11.2012

"Rot-grüne Stellenabbaupläne im Polizeibereich?"

Die demographische Entwicklung der Gesellschaft und die Altersstruktur der Polizei mit steigenden Personalabgängen stellen Herausforderungen für die Landespolitik in den kommenden Jahren dar.

Spätestens ab dem Jahr 2017 wird der Nachersatz an Kommissarsanwärterinnen und -anwärtern nicht mehr ausreichen, um die erwarteten Personalabgänge der Polizei auszugleichen. Der zunächst moderate Personalverlust wird dann in den folgenden Jahren kontinuierlich ansteigen.

Bereits im Jahr 2004 hatte die damalige rot-grüne Landesregierung das bis dahin noch wenig thematisierte Problem der demographischen Entwicklung in Angriff genommen: Innenminister Dr. Behrens erteilte den Auftrag, die Altersstruktur der Polizei zu analysieren, die weitere Entwicklung zu prognostizieren und u.a. Vorschläge für die Entwicklung und Erhaltung des Personalbestandes zu machen. Die Arbeitsgruppe kam in ihrem Bericht vom Oktober 2006 zu dem Ergebnis, dass nur mit einer sofortigen Erhöhung der jährlichen Einstellungsermächtigung in der Größenordnung von 1000 - 1500 bis zum Jahr 2016 langfristig den enormen Schwankungen in der Altersstruktur entgegengewirkt werden könne.

Zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode hat die Landesregierung die notwendigen Konsequenzen aus dem Arbeitsgruppenbericht gezogen und die Einstellungsermächtigungen auf 1400 erhöht.

In dem Bestreben der Landesregierung um Haushaltskonsolidierung und den damit notwendigen Einsparungen in Höhe von 1 Mrd. € im Landeshaushalt muss natürlich auch der Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales und damit auch die Polizei seinen bzw. ihren Beitrag leisten. Aufgrund des Gesamtvolumens des Polizeihaushaltes wird auch dieser davon betroffen sein.

Die Ministerpräsidentin hat trotz dieser Einsparnotwendigkeiten im Landeshaushalt am 12. September in ihrer Regierungserklärung vor dem Landtag erklärt, dass auch weiter jährlich 1400 Kommissarsanwärterinnen und -anwärter für den gehobenen Polizeivollzugsdienst eingestellt werden.

Der dargestellte Personalrückgang ab 2017 geht nicht mit einem Wegfall oder Rückgang der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung einher. Zu diesem Ergebnis kommt im Übrigen auch das PricewaterhouseCoopers-Gutachten (PwC-Gutachten) zu den Demographieeffekten in Nordrhein-Westfalen.

Die Polizei muss daher in den nächsten Jahren so aufgestellt werden, dass ihre Einsatzfähigkeit und qualitativ hochwertige Aufgabenwahrnehmung erhalten bleibt.

Dazu müssen die Dienst- und Arbeitsabläufe so gestaltet werden, dass auch ältere Beschäftigte entsprechend ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit bestmöglich verwandt werden können. Die Polizei muss insgesamt flexibler werden, um z.B. durch eine intelligente Schichtdienstgestaltung die Anzahl der belastenden Schichten für ältere Beschäftigte zu minimieren oder auch teilzeitbeschäftigten Bediensteten mit Familien möglichst hohe Arbeitszeitanteile zu ermöglichen.

Genauso wichtig ist es, die körperliche Fitness, Leistungsfähigkeit und Gesundheit der Beschäftigten zu fördern und zu erhalten sowie Verfahrensabläufe für den Umgang mit dauerhaft verwendungseingeschränkten Beschäftigten festzulegen, um die vorhandenen Personalressourcen optimal einzusetzen.

Daneben bedarf es einer Vielzahl von einzelnen Maßnahmen zur Effektivitäts- und Effizienzsteigerung. So müssen natürlich auch die internen Prozesse zur Aufgabenwahrnehmung überprüft und optimiert werden, um in Zukunft die polizeilichen Kernaufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ohne Qualitätsverluste wahrnehmen zu können.

Genau diese Herausforderungen für die nahe Zukunft hat der Abteilungsleiter Polizei, Ministerialdirigent Düren, auf der Führungstagung am 04. Oktober 2012 vor Führungskräften deutlich gemacht.

Davon können Sie sich in der als Anlage beigefügten Rede überzeugen.

Die Fragen beantworte ich im Einvernehmen mit dem Finanzminister wie folgt:

1.

Ist es zutreffend, dass die Ministerpräsidentin und die Koalitionsfraktionen vom Innenminister im Geschäftsbereich und in der Polizei bis zum Jahr 2017, beginnend ab sofort, strukturelle Einsparungen in Höhe von 100 Millionen verlangen?

Die angestrebte strukturelle Einsparung in der Legislaturperiode beträgt 1 Mrd. EUR jährlich. Von diesem Betrag sind derzeit (Haushaltsentwurf 2013)

- rund 150 Mio. EUR als konkrete Kürzung der landeseigenen Förderprogramme (Anteil MIK: 17.000 EUR) in Umsetzung der Beratungen des Effizienzteams sowie
- 270 Mio. EUR als Globale Minderausgabe (Anteil MIK: 31,5 Mio. EUR)

in den Einzelplänen der Ressorts berücksichtigt. Wie die Globale Minderausgabe 2013 ressortintern erwirtschaftet werden wird, bedarf noch der Diskussion.

In welcher Höhe und in welcher zeitlichen Abfolge strukturelle Einsparungen in den Folgejahren und konkret auf die Ressorts zukommen werden, um das

Gesamteinsparungsziel von 1 Mrd. EUR p.a. zu erreichen, ist noch nicht verbindlich festgelegt. Die Arbeiten des Effizienzteams und die Feststellungen des vom Finanzminister beauftragten Beratungsunternehmens PwC werden hierbei zu berücksichtigen sein. Hierzu verweise ich auf die Vorlage 16/276 an den Unterausschuss Personal sowie die Vorlage 16/200 an den Haushalts- und Finanzausschuss, in der der Finanzminister auch darauf hingewiesen hat, dass die Auswertung insbesondere des Gutachtens zum demografischen Wandel andauert und noch zu prüfen ist, in welchem Umfang Demographiegewinne erschlossen werden können.

2.

Wenn ja:

a) Auf welche empirische Grundlage stützt die Ministerpräsidentin ihre Forderung?

b) Ist es zutreffend, dass die von der Ministerpräsidentin und den Koalitionsfraktionen geforderten Einsparungen nach Ansicht des MIK im Personalbereich der Polizei vorgenommen werden müssen?

c) Wie viele Stellen wird der Innenminister im Polizeivollzugsdienst streichen müssen, um das von der Ministerpräsidentin und den Koalitionsfraktionen geforderte Einsparvolumen zu realisieren?

d) In welchen Bereichen der Polizei sollen konkret Stellen abgebaut werden?

Siehe Antwort zu 1.

Stellenstreichungen in der Polizei sind nicht beabsichtigt.

3.

Wenn nein: Ist die Landesregierung bereit, dem Landtag den o.g. Bericht des Polizeiabteilungsleiters aus dem Innenministerium vom 04.10.2012 zur Verfügung zu stellen?

Als Anlage beigefügt.

4.

Seit wann sind der Landesregierung die Ergebnisse des PwC-Gutachtens „Ergebnisbericht Demographieeffekte in Nordrhein-Westfalen“ bekannt?

Die Gutachten sind vom Finanzminister den Ressorts am 12. September vorgestellt und übergeben worden. Die Auswertung innerhalb des MIK ist noch nicht abgeschlossen.

**Bericht des Polizeiabteilungsleiters Wolfgang Düren
aus dem Innenministerium
anlässlich der Führungstagung am 4. Oktober 2012**

Es gilt das gesprochene Wort!

Begrüßung

Gedenkveranstaltung

Vor meinem Bericht noch einige Bemerkungen zur Gedenkveranstaltung für Polizeibeamte des Landes Nordrhein-Westfalen, die im Dienst getötet wurden. Bisher gibt es keine Tradition für ein solches Gedenken im Lande. Wir haben im Juni des vergangenen Jahres auf Initiative der Polizeistiftung den Wächter hier in Selm aufgestellt und einen Ethikraum eingerichtet. In einer Zeit, in der wir die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte beklagen, müssen wir erst recht der Opfer dieser Gewalt gedenken. Die Veranstaltung soll jährlich im Zusammenhang mit unserer Herbsttagung stattfinden mit Gästen aus allen Polizeibehörden. Die heutige Veranstaltung wird von der KPB Unna gemeinsam mit dem LAFP ausgerichtet. In Zukunft soll jeweils eine andere Behörde die Ausrichtung übernehmen. Mir liegt viel an der Begründung einer solchen Erinnerungskultur. Denn das macht deutlich, dass der Polizeiberuf mehr ist, als ein Broterwerb. Er ist ein bewusster Dienst für die Bürger, der auch das Risiko in sich trägt, zur Zielscheibe von Gewalt zu werden. Das objektive Risiko für Polizeibeamte, im Dienst zu sterben, ist gering. Andere Berufsgruppen leben vielleicht gefährlicher. Aber diese werden Opfer von Unglücksfällen, nicht von vorsätzlichen Gewalttaten, die sich gegen die richten, die den Rechtsstaat und die Menschen in unserem Land schützen. Die Bereitschaft, dieses Risiko einzugehen, gehört zum Polizeiberuf und diese Bereitschaft müssen wir auch von unseren Anwärtern erwarten.

Politische Rahmenbedingungen

Die politischen Rahmenbedingungen im Lande haben sich seit der letzten Führungstagung im Frühjahr verändert. Die neue Landesregierung ist mit einer eigenen Mehrheit wieder gewählt, der neue Innenminister ist der alte. Er kennt die Polizei, er erwartet Aufgabenerfüllung auch unter schwierigen Bedingungen. Diese Bedingungen lassen sich kurz und knapp umschreiben:

- Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung die strukturelle Einsparung von 1 Mrd. Euro jährlich ab dem Jahr 2017 angekündigt. Das Volumen des Landeshaushalts 2012 beträgt annähernd 59 Mrd. Euro.
- Ministerpräsidentin und Koalitions-fraktionen verlangen vom Innenminister strukturelle Einsparungen im Geschäftsbereich und in der Polizei von 100 Millionen spätestens ab 2017, ansteigend und beginnend ab sofort.
- Das Polizeikapitel umfasst im Jahr 2012 etwa 2,7 Mrd. Euro, davon ca. 2,1 Mrd. Euro Personalkosten.
- 100 Millionen Euro bedeuten in Beispielen ausgedrückt: den Verlust von 2.000 Polizeivollzugsbeamten oder das Eineinhalbfache unseres jährlichen Budgets für Fahrzeugbeschaffungen.
- Dieser Betrag ist nicht durch Einsparungen im Sachhaushalt zu erbringen, er erfordert irgendwann Entscheidungen des Landtags, die sich auf die Personalkosten auswirken. Ich weiß heute noch nicht, welche das sein werden.

Unsere Aufgabe als Ministerium wird es sein, der Politik Einsparoptionen zu unterbreiten, aus eigenem Sachverstand und ggf. mit dem Sachverstand von Beratern, wenn wir selbst nicht kreativ genug sind oder wenn man an unserer Kreativität zweifelt.

Strategische Ziele des MIK für die Polizei

Meine erste Priorität ist die Aufrechterhaltung der ungeschmälernten Einsatzfähigkeit der nordrhein-westfälischen Polizei. Das verlangt die Erhaltung einer Polizeistärke mit einsatzfähigen Polizeibeamten so hoch wie möglich, gemessen an der heutigen Stärke von ca. 39.000 PVB. Nicht alle dieser Beamten sind voll einsatzfähig. Sie alle hier wissen das. Dieses Problem muss angegangen werden mit dem obersten Ziel, möglichst viele der erkrankten und eingeschränkt verwendungsfähigen Beamten wieder im Bereich der operativen Polizeiarbeit einzusetzen. Die AG Verwendungseinschränkungen II unter Leitung von Frau Polizeipräsidentin Brohl-Sowa wird uns im Frühjahr ein Ergebnis vorlegen, das dann auch im Plenum des Landtags diskutiert werden wird. Die Landtags-Fraktion der Piraten hat zu diesem Thema bereits eine Große Anfrage an die Landesregierung gerichtet. Der Minister wird sich nicht nur auf eine Problembeschreibung zurückziehen können. Er wird konkrete Maßnahmen be-

nennen und auch umsetzen müssen. Einen ersten Zwischenbericht müssen wir bereits im November vorlegen.

Eine objektive Erhöhung der Polizeistärke wird es nicht geben. Wir können allenfalls versuchen, das Schrumpfen zu begrenzen und PVB nur noch für die Kernaufgaben einzusetzen. Dies ist nur durch eine Vielzahl von Maßnahmen zur Steigerung von Effizienz und Effektivität zu erreichen. Abstrakt wird dem sicher jeder zustimmen. Aber konkret bedeutet das schmerzliche Veränderungen in den KPB und Oberbehörden.

Damit meine ich zum Beispiel:

- Über kurz oder lang müssen alle lokalen IT-Anwendungen durch zentrale IT-Verfahren ersetzt werden oder notfalls ersatzlos aufgegeben werden. Das sind über 1.000 Verfahren, die die KPB selbst vielleicht für unersetzlich halten.
- Lokale Fortbildungsangebote müssen auf unerwünschte Doppelarbeit und Konkurrenz zu den zentralen Angeboten überprüft werden.
- Zentrale Fortbildungsangebote müssen von Orchideenangeboten entfrachtet werden, damit wir die Fortbildung für die Kernaufgaben gewährleisten können.
- Öffentlichkeitsarbeit und neue Medien müssen auf ihren Aufwand und ihre Bindung von PVB kritisch überprüft werden.
- Wir werden etliche Bereiche der Direktion ZA vollständig für PVB sperren müssen, auch für gesundheitlich angeschlagene PVB.
- Wir werden Defizite und Rückstände in der Verwaltung ertragen müssen, damit der Vollzug Vorrang bekommt. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Die Liste wird sich in den nächsten Jahren beliebig verlängern.

Wir müssen alles tun, um beurlaubte Beamtinnen und Beamte wieder in den operativen Polizeidienst zurückzuholen und zwar in den Wach- und Wechseldienst sowie den Ermittlungsdienst, nicht für Innendienstaufgaben. Wir brauchen attraktive Schichtmodelle für Eltern, damit sie aus der Beurlaubung zurückkehren oder ihre Teilzeit aufstocken. Wir brauchen familienfreundlichere und gesündere Schichtmo-

delle, die wir in den nächsten Jahren erproben müssen. Wir werden in Kürze eine AG einsetzen, die solche Modelle im Lande erprobt und Parameter für eine moderne AZVO entwickelt. Die Selbstausbeutung der Beamten durch überlange Schichtfolgen muss ein Ende finden.

Telearbeit ist nicht die Lösung bei einem schrumpfenden Personalkörper für Kernaufgaben. Wir werden in absehbarer Zeit eine Klärung herbeiführen, in welchen Bereichen Teleheimarbeit in Frage kommt und wo nicht. Dabei werden insbesondere Aspekte der Datensicherheit, des Datenschutzes, der Führung und der organisatorischen Effizienz eine Rolle spielen.

Konzept 1.400 - mehr ist aktuell nicht drin

Minister Jäger ist überzeugt, dass es nicht mehr als die beschlossenen 1.400 Anwärter im Jahr geben wird, weil der Haushalt es nicht zulässt und weil die Ausbildungskapazitäten nicht reichen. Das hat er letzte Woche im Innenausschuss erklärt. Ich halte es für meine Pflicht, in den nächsten Jahren über neue Optionen nachzudenken, die das Unmögliche vielleicht doch möglich machen, wenn die innere Sicherheit es in der Zukunft vielleicht gebietet.

Wenn wir eine Chance für mehr Einstellungen irgendwann erarbeiten wollen, dann geht das nur auf dem schmerzhaften Weg, den ich beschrieben habe. Eine Chance auf Mehreinstellungen wird es nur geben,

- wenn aus gesundheitlichen Gründen eine nennenswerte Zahl von Beamten ausscheiden sollte,
- wenn wir alle Polizeivollzugsbeamten in den operativen Direktionen einsetzen,
- wenn wir die Kosten für neue Anwärter an anderer Stelle einsparen.

Wenn ... dann gibt es vielleicht eine Chance auf mehr Neueinstellungen. Anderenfalls mit Sicherheit nicht!!!

Landesweite Stellenausschreibungen

In den vergangenen Monaten haben einige Behörden über die Eingriffe des LAFP bei landesweiten Ausschreibungen für A 12- und A 13-Stellen geklagt und auf ihre erprobten Personalentwicklungskonzepte verwiesen. Die Verfahrensweise des LAFP ist mit uns abgestimmt. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten möglichst viele A 12- und A 13-Funktionen mit standardisierten Ausschreibungstexten versehen. Dabei können wir auf etliche Arbeitsergebnisse der vergangenen Jahre zurückgreifen. Natürlich brauchen wir auch möglichst bald ein landesweites Personalentwicklungskonzept für den gehobenen Dienst.

Ich habe mir die Zahlen der Ausschreibungen vom 01.07.2011 bis 31.06.2012 angesehen. Bei mehr als 370 Ausschreibungen für A 12- und A 13-Stellen mit Beförderungsentcheidung gab es ca. 1.150 Bewerbungen. Es haben sich aber nur etwa 150 auswärtige Interessenten beworben. Erfolgreich davon waren 11.

Die Zahlen vom 01.01.2010 bis 30.06.2011 sind vergleichbar. Bei ca. 330 Ausschreibungen waren nur 21 auswärtige Bewerber erfolgreich.

Ich empfinde diese Zahlen als Indiz fehlender Chancengleichheit. Ich halte es nicht für akzeptabel, wenn wir den Anschein erwecken, Beförderungstellen vorrangig an eigene Leute der Behörden zu vergeben.

Das muss sich ändern. Ich appelliere an Sie alle: Geben Sie den Bewerbern aus anderen Behörden eine faire Chance. Das haben externe Bewerber ebenso verdient wie Ihre eigenen Leute.

Polizei-Strukturreform

In Sachen Polizeistruktur hatten die Koalitionspartner unterschiedliche Auffassungen über die Synergieeffekte einer großen Reform. Daher ist jetzt auch kein "großer Wurf" geplant. Aber: Unsere Polizeistruktur und unsere Organisation stehen auf dem Prüfstand und müssen laufend weiter entwickelt werden. Optimierungen und eine Vielzahl organisatorischer Veränderungen im "Kleinen" sind dringend geboten, also insbesondere innerhalb und zwischen den Behörden und Organisationseinheiten. Auch die eine oder andere Strukturveränderung kann niemand ausschließen.

Inhaltliche Schwerpunkte der Polizeiarbeit

Ich möchte mich nur kurz zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Polizeiarbeit äußern, denn der Minister hat das schon häufig in den vergangenen Monaten öffentlich getan. Zuletzt hat er sich vergangene Woche im Innenausschuss erklärt. Danach gibt es Schwerpunkte bei den Themen Rockerkriminalität, Fußball und Gewalt, Rechts extremismus und Verkehrssicherheit. Der Minister hat klargestellt, dass er bei aller Bedeutung jeder Prävention die Repression auf all diesen Feldern für unerlässlich hält. An anderer Stelle hat er den Schwerpunkt Einbruchkriminalität benannt, der durch die statistische Entwicklung ohnehin ins Auge springt.

Dank

Zum Abschluss möchte ich mich bei Ihnen für die hervorragende Polizeiarbeit des vergangenen halben Jahres bedanken, insbesondere bei den Einsätzen gegen Rocker, bei der Vorbereitung und Durchsetzung der Vereinsverbote gegen Neonazi-Gruppen, bei den Fußball-Einsätzen, beim Blitzmarathon und bei den schwierigen Demonstrationen mit Salafisten, Rechtsextremisten und Autonomen. Sie alle haben einen Beitrag geleistet, das Vertrauen des Landtags und der Öffentlichkeit in die rechtsstaatliche Integrität der Polizei in Nordrhein-Westfalen zu stärken.

Vielen Dank.